

## A8NEU EU-ASYLRECHTSREFORM STOPPEN!

Antragsteller\*in: Luca Salis (KV Halle)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

### Antragstext

Am 8. Juni hat Innenministerin Nancy Faeser im EU-Ministerrat dem Kommissionsvorschlag zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems im Namen der Bundesregierung zugestimmt.

Damit bedarf es nun noch der Zustimmung des EU-Parlaments im Trilog, um die Reform final zu verabschieden.

Die Reform sieht insbesondere vor, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung von Staaten als sogenannte „sichere Drittstaaten“ gesenkt werden, dass Asylsuchende trotz Anspruch auf Asyl einfacher abgeschoben werden können und dass Geflüchtete vor den EU-Außengrenzen praktisch inhaftiert werden können, um zu verhindern, dass sie nach Europa kommen.

Die neue Drittstaatenregelung führt dazu, dass auch Staaten, welche die Genfer Flüchtlingskonvention – das wichtigste Völkerrechtliche Abkommen zum Schutz Geflüchteter – nicht unterzeichnet haben oder solche, die lediglich in einzelnen Gebieten die Voraussetzungen erfüllen, als „sichere Drittstaaten“ deklariert werden können. Dabei sind schon heute Länder wie Tunesien als „sichere Drittstaaten“ anerkannt aus denen immer wieder Berichte über massive systematische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten kommen.

Außerdem sollen Geflüchtete mit Anspruch auf Asyl diese nicht mehr geltend machen können, wenn sie zuvor auf ihrer Flucht durch ein als „sicher“ deklariertes Land gekommen ist. Dadurch wird es vielen Schutzbedürftigen unmöglich in Europa Schutz zu suchen. Zudem sollen auch Abschiebungen in „sichere“ Drittstaaten möglich werden. Dafür sollen mit diesen Abkommen ähnlich dem „Flüchtlingsabkommen“ zwischen Deutschland und Türkei geschlossen werden, wodurch sich die EU von diesen extrem abhängig macht und die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung von Menschenrechtsstandards schmälert.

Um zu verhindern, dass Geflüchtete in die EU kommen, sieht die Reform ferner vor, dass gefängnisähnliche „Asylzentren“ nahe der EU-Außengrenzen aufgemacht werden. Dort sollen die Asylsuchenden über Wochen inhaftiert werden können, um ihre Identität zu klären und sie abschieben zu können, bevor sie EU-Gebiet erreichen konnten.

Diese Regelungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zu den Grundwerten der Grünen Jugend Sachsen-Anhalt und unserer Mutterpartei. Geflüchtete – Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten und dafür in vielen Fällen ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben – werden wie kriminelle behandelt und Menschenrechtsverletzungen ausgeliefert. Das Menschenrecht auf Asyl tritt hinter machtpolitische Interessen zurück. Es steht in unserer Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um diese Reform zu verhindern.

Als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt verurteilen wir die EU-Asylrechtsreform sowie die Zustimmung der Bundesregierung und insbesondere der Grünen Minister\*innen, die diesen Beschluss erst möglich machte.

- 41 Wir unterstützen zudem Bündnisse und Aktionen, welche auf die Verhinderung der  
42 Reform abzielen und bringen uns aktiv bei ihnen ein. Gleichzeitig nutzen wir  
43 unsere Möglichkeiten innerhalb der Grünen Partei, um auf eine Ablehnung des GEAS  
44 im Trilog (durch das EU-Parlament) hinzuwirken.
- 45 Wir setzen uns für eine humane Migrations- und Geflüchtetenpolitik ein, die den  
46 Schutz von Menschenrechten über geopolitische Interessen stellt.

## Begründung

Erfolgt mündlich.